

Herausgeber: Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt,  
Fachschaft Elektrotechnik

Mitarbeiterkollektiv: von Olshausen, Reigrotzki, Schädlich (verantw.),  
Werber

<u>I n h a l t</u>	Seite
1. Bericht von der letzten Fachverbandstagung (FVT)	1
2. Kritik an studentischer Interessensvertretung in Fachschaft (FS) und Fachverband (FV)	2
3. Beitritt des Vorsitzenden des FV ET zum Initiativausschuß Deutscher Studentenschaften (IDS) - Dokumentation und Kritik	5
4. Wie man Interessen am Schwanze packt	9
5. Informatik-Prüfungsordnung	11
6. Numerus clausus - Diskussion innerhalb der Fakultät seit Herbst 1968 / Gespräch mit Frau von Bila (Leiterin der Hochschulabteilung im Kultusministerium)	12
7. Besuchsaustausch	13
8. Praktikantenaustausch	14
9. Einführungsveranstaltung für Erstsemester	14
10. Wahl zu Fakultät, (Kleinem) Senat, Großem Senat - Wahlverfah- ren und Erläuterung der Aufgaben der studentischen Vertreter	14
11. Termin und Tagesordnung der ersten FS-Sitzung im SS 69	15
12. Termin und Tagesordnung der V O L V E R S A M M L U N G	16

Der ungewöhnliche Umfang der NfE ergibt sich aus der Notwendigkeit, im Rahmen einer Vollversammlung die neue VDS-Struktur, insbesondere im Fachschaftsberèich zu diskutieren und die im November 1968 begonnene Diskussion über die Einführung eines numerus clausus an der Fakultät ET unter Berücksichtigung neuer Informationen fortzusetzen. Darüberhinaus müssen voraussichtlich 14 Vertreter für Fakultät, Senat, Großen Senat gewählt werden.

Das zwischen Funktionären und denen, die sie beauftragen und kontrollieren solèen, bestehende Informationsgefälle soll durch diese NfE weitgehend abgebaut werden, um auf der Vollversammlung die Diskussion unterschiedlicher politischer Konzeptionen nicht durch lange Informationsreferate der Funktionäre zu behindern. Voraussetzung für eine aktive Teilnahme an der Vollversammlung sollte also die Lektüre dieser NfE sein; weitere Informationen geben wir Ihnen gern mittags im AStA.

Esgei hier - falls das bisher noch nicht geschehen ist - ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die NfE kein Monopol Ihrer Fachschaftsvertreter ist; wir veröffentlichen vielmehr Beiträge aller Hochschulangehörigen, die für Studenten, Assistenten und Professoren der Elektrotechnik in irgendeiner Weise von Belang sind.

## 1. Bericht von der letzten Fachverbandstagung

Fachverbände (FV) sind Zusammenschlüsse gleicher Fachschaften (FS) der im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) zusammengeschlossenen Hochschulen. Beschlusorgan eines FV ist die mindestens einmal pro Semester stattfindende FV-Tagung, die sich aus je einer Stimme der zugehörigen FS zusammensetzt. Die ordentliche Fachverbandstagung (FVT) wählt den FV-Vorsitzenden für ein halbes Jahr.

Die 29. o. FVT vom 24.-26.1. 1969 auf Burg Rieneck behandelte folgende Punkte:

### 1. Wahl des FV-Vorsitzenden

Nach mehrstündiger Befragung aller 13 Teilnehmer der FVT (aus Darmstadt: Schädlich, Werber) fand man endlich zwei Kandidaten, wovon einer wegen Arbeitsüberlastung durch andere Funktionen praktisch nicht in Frage kam. Gewählt wurde daher "zwangsläufig" der praktisch einzige Kandidat, Karlheinz Windler aus Braunschweig.

### 2. Die Rahmenprüfungsordnung (empfohlen für alle ET-Fachschaften) soll so geändert werden, daß sie folgende Forderungen erfüllt:

- keine Studienzeitsbegrenzung für Studenten nach dem Vor-diplom,
- Möglichkeit, Prüfungen studienbegleitend abzulegen, sollte allgemein gegeben sein.

### 3. Die Diskussion über das Thema "Gesamthochschule" verlor sich nach kurzer Zeit in Randproblemen wie Anerkennung des Ing.-Grades im EWG-Raum. Die Darmstädter Vertreter machten aufgrund dieses dilettantischen Versuchs, sich mit dem Thema zu beschäftigen, den Vorschlag, ein Seminar "Gesamtschule - Gesamthochschule" zu veranstalten, wobei Bildungs- und Ausbildungsziele und diesen Zielen entsprechende Schul- und Hochschulmodelle diskutiert werden sollen.

Dieses Seminar findet vom 30.4. - 4.5. 1969 in Bad Marienberg/Westerw. statt. Interessenten können sich bis zum Dienstag, dem 22.4. 1969 in eine Liste im AStA eintragen.

Die Kosten des Seminars trägt der VDS.

Das vorläufige Programm sieht folgendermaßen aus:

1. Diskussion der in einem Gesamtschul- bzw. Gesamthochschulmodell zu realisierenden Prinzipien, d.h. Erarbeitung von Kriterien zur Beurteilung konkreter Modelle.  
Leitung: Uwe Lauterbach (ehemaliger stv. AStA-Vors. der THD)
2. Darstellung der Modelle der einzelnen Parteien zu dieser Thematik; Referenten von den Parteien zugesagt (CDU, FDP, SPD)
3. Bildungspolitische Vorschläge der Deutschen Angestelltengewerkschaft; Referent von der DAG.
4. Anforderungen der Industrie an das Bildungswesen (bes. Ingenieurausbildung)
5. Stellungnahme der Dozenten von Ingenieurschulen und Technischen Hochschulen zum Problem der Gesamthochschule.

6. Darstellung eines von den Hochschul- und Ingenieurschulstudentenschaften entwickelten Modells (Referent: Uwe Lauterbach)
  7. Vorstellungen des Studentenverbandes Deutscher Ingenieurschulen
  8. Diskussion aller Modelle (möglichst mit allen Referenten).
4. Der Beschluß zum numerus clausus wurde schon in der letzten NfE veröffentlicht. Wegen der bevorstehenden Diskussion in Vollversammlung und Fakultät seien die wesentlichen Teile dieses Beschlusses hier noch einmal zitiert:  
"Die FVT verurteilt, daß an einer Reihe von Hochschulen Zulassungsbeschränkungen für das Studium der ET bestehen oder insgeheim praktiziert werden.  
Die FVT lehnt jede Art von Zulassungsbeschränkung grundsätzlich ab, da es keine wissenschaftlich fundierten Kriterien zur Eignungsprüfung für die Fähigkeit wissenschaftlichen Arbeiten zu Beginn des Studiums gibt.  
Sie lehnt weiterhin mit Entschiedenheit ab, an Zulassungsbeschränkungen mitzuwirken, die die bisherige Unfähigkeit von Ordinarien, sowie Kultus- und Finanzministerien insofern dokumentieren, als die gegenwärtigen Studentenzahlen aufgrund der vorhersehbaren Abiturientenzahlen bekannt waren, und notwendige Konsequenzen im Hinblick auf Strukturveränderungen und Ausbau der Hochschulen nicht gezogen worden sind...  
Die Fakultäten sind unverzüglich so auszubauen, daß jedem Bewerber das Studium ermöglicht wird!" (Einstimmig angenommen).
5. Ein von der FS ET der TH München ausgearbeiteter Fragebogen zur Berufssituation der Diplom-Ingenieure soll von den anderen FS übernommen werden.
  6. Ein von den FV-Vorsitzenden ausgearbeiteter Vorschlag zur VDS-Struktur wurde der 21. o.MV des VDS als langfristig anzustrebendes Modell zur Einbeziehung in ihre Strukturdebatte empfohlen. Dieser Vorschlag sieht als wesentliche Änderung zur bisherigen Struktur die Zusammensetzung der MV aus den FV, statt (wie bisher) aus den Studentenschaftsvertretern aller Hochschulen vor.
  7. Eine Zusammenarbeit mit der OSSA würde abgelehnt. Die OSSA ist eine juristische Konstruktion, die es erlaubt, daß der FV Maschinenbau (und damit alle Maschinenbau-FS) die Adressen der Maschinenbaudiplomkandidaten an den Leipziger Verein Barmenia (Versicherungsgesellschaft) verkaufen kann, ein Verfahren, das die Monopolstellung des LVB auf diesem Versicherungssektor noch weiter ausbaut. Der LVB war bestrebt, den Wirkungsbereich der OSSA auf den FV ET auszuweiten.

## 2. Kritik an studentischer Interessensvertretung in fachschaft und fachverband

Die schon im Bericht von der FVT anklingenden kritikwürdigen Erscheinungen einer solchen Veranstaltung sind keineswegs Sonderphänomene dieser Tagung, sondern nachweisbar symptomatisch für die derzeit praktizierte Struktur der studentischen Interessensvertretung, die - von einem positivistischen Wissenschaftsbegriff ausgehen - in "fachliche" und (völlig getrennt davon) in "allgemein-politische" aufgeteilt ist:

Die Funktionslosigkeit des FV im Hinblick auf wirksame studentische Interessensvertretung wird bei jeder FVT von neuem besonders bei der Wahl des FV-Vorsitzenden deutlich, die sich jedesmal in ähnlicher Weise wie oben dargestellt vollzieht. Mit Recht ist niemandem daran gelegen, sich mit einem Amt zu belasten, das unabhängig vom Umfang der Arbeit, mit der man es ausfüllt, völlig irrelevant ist für die grundlegende Umgestaltung der Hochschulstruktur und der Kontrolle über Form und Inhalt von Lehre und Forschung.

Die Arbeit des FV erschöpft sich darin,

- Proteste (z.B. gegen numerusclausus) zu formulieren, die die geplanten Repressionen der in dieser Gesellschaft Herrschenden zur Disziplinierung der Studenten in keiner Weise beeinflussen werden;
- Schönheitsoperationen an Prüfungsordnungen zu fordern, wo Abschaffung von Prüfungen einzig legitime Konsequenz sein kann, wenn nicht Selbstrekrutierung der Oberschichten und damit Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern Vermittlung der Fähigkeit zu wissenschaftlichem Arbeiten Funktion der Hochschulausbildung sein soll; solche, den bestehenden Lehr- und Prüfungsbetrieb nicht prinzipiell in Frage stellende Forderungen können daher auch gefahrlos von Professoren als "konstruktive Reform" integriert werden.

Darüberhinaus reproduziert sich im FV die zur Aufrechterhaltung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse notwendige fachidiotische Hochschulausbildung, die zwar in Ansätzen erkannt wird (Veranstaltung des Seminars "Gesamtschule - Gesamthochschule"), woraus jedoch keine Konsequenzen gezogen werden. So ist es durchaus typisch für eine sich unpolitisch begreifende Fachvertretung wie den FV ET, daß eine grundsätzlich sehr begrüßenswerte soziologische Studie zur Berufssituation der Diplom-Ingenieure nur von Elektrotechnikern vorbereitet (Formulierung des Fragebogens) und ausgewertet wird. Der Student wird dann vielleicht erfahren, daß die Nachfrage nach Ingenieuren der Fachrichtung A größer ist als die nach solchen der Fachrichtung B, daß man in Firma A mit relativ hohem Anfangsgehalt und geringen Aufstiegsmöglichkeiten, in Firma B dagegen mit geringem Anfangsgehalt und größeren Aufstiegsmöglichkeiten rechnen kann, usw. Würde man dagegen Soziologen, Psychologen und Politologen an der Erarbeitung dieser Studie beteiligen, könnte man empirisch belegte Antworten auf Fragen erhalten, wie:

- Von welcher Art und von welchem Umfang ist die Diskrepanz zwischen Berufserwartung und Berufsrealität?
- Welche Funktion hat die Hochschulausbildung (einschließlich der Einübung sozialer Verhaltensweisen) im Hinblick auf den später ausgeübten Beruf?
- Welche Funktion hat der Ingenieur in einer spätkapitalistischen, also an Maximierung der Unternehmensgewinne orientierten Gesellschaftsordnung, und ist mit dieser Funktion eine die Emanzipation des Menschen vorantreibende Wissenschaft überhaupt vereinbar und praktizierbar?

Fazit: Studentische Interessensvertretung ist - das haben die Ereignisse der vergangenen Monate deutlich gezeigt - völlig unwirksam, wenn sie

- die herkömmliche Einteilung in "wertfreie" Wissenschaftsbereiche übernimmt, die gesellschaftliche Implikationen und Folgen dieser Spezialwissenschaften unberücksichtigt läßt;

- sich der herrschenden Hochschulstruktur unterwirft und deren Änderung nur nach den Regeln dieser für die Studenten fremdbestimmten Struktur beabsichtigt ist.

Erst die Durchbrechung dieser Regeln hat überhaupt Ansätze für Strukturänderungen gebracht; Öffentlichkeit aller Hochschulgremien, Drittelparität im Großen Senat, Minderheitenschutz im (Kleinen) Senat wurden durch Senats-go-ins, massenhafte Anwesenheit im Großen Senat u.ä. von Studenten erkämpft, nicht aber von Funktionären mit Ordinarien ausgehandelt.

Konsequenz dieser Erkenntnis ist die Änderung der Struktur studentischer Interessensvertretung, wie sie auf der 21.o. MV des VDS Anfang März in Köln beschlossen worden ist. Danach sollen projektbezogene Arbeitsgruppen durch Analysen des bestehenden Studienbetriebs ihre Interessen schärfer zu erkennen und anderen Studenten zu vermitteln in der Lage sein, um daraus Strategien zur Veränderung dieser Verhältnisse zu entwickeln, in der Diskussion mit den von dem jeweils behandelten Projekt-Betroffenen. Die Koordinierung dieser fachbezogen-projektgebundenen Arbeit erfolgt innerhalb von Projektbereichen. (Ausführlichere Darstellung unter 4.).

D a m i t s i n d F a c h v e r b ä n d e ü b e r f l ü s s i g g e w o r d e n ! Konkret auf die letzte FVT bezogen heißt das:

- Es werden keine kosmetischen Operationen an einer die bestehenden Verhältnisse stabilisierenden Rahmenprüfungsordnung vorgenommen, sondern in Projektgruppen Grundsätze für ein die Selbstbestimmung der Studenten berücksichtigendes Studium entwickelt und Strategien zu deren Durchsetzung (z.B. massenhafte Verweigerung von Übungs-scheinen, Prüfungen, Praktika) diskutiert und realisiert.
- Es werden nicht folgenlose Seminare über "Gesamtschule - Gesamthochschule" veranstaltet, um einigen Funktionären klar zu machen, daß die Ernennung von Ingenieurschulen zu Fachhochschulen und die Einführung des Kurzstudiums im Hochschulbereich nicht der Emanzipation, sondern der verstärkten Disziplinierung dienen, dagegen werden Projektgruppen, in die auch Ingenieurschulstudenten einbezogen werden müssen, Methoden des Widerstands gegen solche Disziplinierungsversuche und der Durchsetzung von integrierten Gesamthochschulen diskutieren und praktizieren. (Um dem Seminar diese Tendenz geben zu können, wird die Teilnahme allen Studenten ermöglicht, in der Hoffnung, daß diese eine den genannten Intentionen entsprechende Projektgruppe bilden werden.)
- Gegen den numerus clausus wird nicht verbal und damit folgenlos protestiert, sondern in Projektgruppen seine Funktion aufgedeckt, um ihn dann praktisch zu bekämpfen (z.B. durch geeigneten Druck auf die Fakultät).
- Auch <sup>die</sup> Studie zur Berufssituation würde - in Projektgruppen mit Technikern, Soziologen, Psychologen, Politologen - zu (wie oben angedeutet) anderen Fragestellungen führen, deren Ergebnisse ganz erhebliche Konsequenzen für das Studium und die Berücksichtigung der Interdependenz von Strukturänderungen in Hochschule und Gesellschaft haben werden.

Aus der dargestellten Funktionslosigkeit und damit Überflüssigkeit der FV auf überregionaler Ebene folgt zwingend die Überflüssigkeit der Fachschaften auf Hochschulebene bezüglich der auf beiden Ebenen von fachbezogenen Projektgruppen zu behandelnden Inhalte. Ein relativ kleiner Bereich bleibt jedoch vorläufig für gewählte Mandatsträger (also FS-Vertreter):

Die institutionelle Absicherung der von den Studenten durch Projektgruppen erkämpften Positionen und die Schaffung von Freiräumen für die Arbeit dieser Gruppen durch Entschärfung der repressivsten Teile der Prüfungsordnungen (ohne diese grundsätzlich anzuerkennen!), was wiederum nicht ohne den Druck bestehender oder potentieller Gruppen möglich ist.

Die übriggebliebenen Funktionen einer FS-Vertretung zeigen, daß diese nur in engem Kontakt mit den aktiven Projektgruppen erfüllt werden können. Entsprechende Aufgaben auf überregionaler Ebene, d.h. für FV, gibt es nicht, da z.B. Fakultätentagerim Gegensatz zu Fakultäten keine Entscheidungskompetenz haben.

### 3. Beiritt des Vorsitzenden des FV ET zum IDS - Dokumentation und Kritik

Der Initiativ Ausschuß Deutscher Studentenschaften (IDS) ist nach Verabschiedung der VDS-Strukturreform, der eine entsprechende Satzungsänderung wegen juristischer Schwierigkeiten erst im Juni folgt, von den Studentenschaftsvertretern der Universitäten Köln, Bonn, Mainz, Karlsruhe (1968 aus dem VDS ausgetreten), Stuttgart, der TH Clausthal-Zellerfeld und den Vorsitzenden der FV Biologie und ET gegründet worden.

Am 10.3.69 gab der IDS folgende Presseerklärung ab:

"Mit der Billigung einer neuen Struktur des VDS durch die 21. o. Mitgliederversammlung hat der VDS die Grundlagen demokratisch verfaßter Studentenschaften verlassen. In den verschiedenen Anträgen, insbesondere im Antrag zur Strukturreform, manifestiert sich ein Selbstverständnis, das der pluralistischen Struktur der deutschen Studentenschaft widerspricht.

In einer Phase notwendiger Reformarbeit und solidarischen Widerstandes gegen staatsdirigistische Einflüsse auf Hochschule und Gesellschaft versteht sich der VDS nicht mehr als Mittel zur Koordination der politischen Vielfalt im Rahmen studentischer Interessenvertretung, sondern - wie es in verschiedenen Beschlüssen zum Ausdruck kommt - als sozialistischer Kampfverband zur radikalen Revolutionierung der Gesellschaft.

Aufgrund dieses Selbstverständnisses sehen wir uns zu der Feststellung gezwungen, daß der VDS nicht mehr als legitime Interessenvertretung der deutschen Studentenschaften anzusehen ist. Deshalb haben sich die im INITIATIVAUSSCHUSS DEUTSCHER STUDENTENSCHAFTEN zusammengeschlossenen Hochschulen dazu entschlossen, den VDS zu verlassen.

Der Initiativ Ausschuß Deutscher Studentenschaften (IDS) versteht sich nicht als Gegenverband zum bisherigen VDS. Er wird vielmehr die politischen Zielsetzungen des VDS - inklusive der Beschlüsse der 20. o. MV von 1968 - auf der Basis der bisherigen Satzung und der VDS-Charta grundsätzlich fortführen. Der IDS ist damit politisch legitimiert, die Arbeit des VDS verantwortlich fortzusetzen. Grundsätzlich stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Wahrnehmung und Vertretung studentischer Interessen gerade in der gegenwärtigen Situation durch einen Gesamtverband erfolgen sollte. Dies hat die Politik der sozialistischen Hochschulgruppen auf der Mitgliederversammlung des VDS in Köln unmöglich gemacht. Voraussetzung für eine studentische Gesamtvertretung ist nämlich ihre pluralistische und demokratische Struktur, die auf für Minderheiten institutionell gesicherte Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten in allen Verbandsorganen gewährleistet. Das aber wird in dem von der

VDS-MV verabschiedeten Strukturmodell nicht berücksichtigt. Die Zusammensetzung des neben der Mitgliederversammlung wichtigsten Verbandsorgans, des Zentralrats (ZR), benachteiligt Minderheiten, weil sich der Zentralrat bis zu einem Drittel aus Vertretern von Projektbereichen zusammensetzt, die nicht über eine demokratische Legitimation ihrer Studentenschaften verfügen. Statt dessen können sich über die Basisgruppenkonzeption politische Gruppierungen in den Verbandsgremien institutionell verankern, die laut ihrer eigenen Aussage und der im Strukturantrag entsprechend niedergelegten Formulierung unabhängig von demokratischer Kontrolle und politischer Legitimation organisiert.

Die im Initiativausschuß mitarbeitenden Studentenschaften und Fachverbände lehnen diese gesellschaftspolitische Grundlage des von der 21. o. MV des VDS verabschiedeten Strukturbeschlusses ab. Die von der Mehrheit dieser MV zum Programm erhobene Ausschaltung von politischen Minderheiten hat sich am Schluß in harten Kontroversen selbst über die Notwendigkeit eines "Pluralismus innerhalb der Linken" gezeigt.

Es ist festzustellen, daß dieses Verhalten dazu führen kann, vorhandene autoritäre Tendenzen zu verfestigen. Objektiv ergibt sich hierdurch eine Solidarisierung der vorgeblich Fortschrittlichen mit den Reaktionären der Gesellschaft.

Der IDS wird mit allen Kräften dieser Gesellschaft zusammenzuarbeiten versuchen, die in der Tat langfristig eine Veränderung und Reformierung von Hochschule und Gesellschaft als ihr Ziel ansehen. Angebote zu gemeinsamen Reformen von Vertretern von Verbänden, Parteien und der in den Hochschulen vertretenen Mitgliedsgruppen können aber nur dann als glaubhaft begriffen werden, wenn nicht gleichzeitig jede oppositionelle Strömung mit Mitteln der Administration ausgeschaltet wird. In diesem Sinne wenden wir uns entschieden gegen die bisher praktizierte Diskussion um ein bundeseinheitliches Ordnungsrecht, die Vorbeugehaft, die Androhung des Stipendienentzugs, die Erschwerung der Wehrdienstverweigerung sowie die Bestrebungen zur Abschaffung der Zwangskorporation Studentenschaft. Nur ein radikales Abweichen von diesen Positionen kann die Grundlage für eine evolutionäre Veränderung darstellen.

Es ist das Ziel des Initiativausschusses Deutscher Studentenschaften, mit einem Beitrag dazu zu leisten, daß es zu einer materiellen Verwirklichung des Grundgesetzes und der Berliner Verfassung kommt. Dabei ist nicht zu übersehen, daß alles gegen Tendenzen getan werden muß, die in der Bundesrepublik Deutschland dem Grundgesetz entgegenstehen."

Zu dieser Erklärung ist zu sagen, daß es eine Fiktion ist, die gegenwärtige Struktur studentischer Interessensvertretung als demokratisch zu betrachten, so daß deren beabsichtigte Konservierung im IDS jeglicher Legitimation entbehrt. Die Intentionen der neuen VDS-Struktur zielen vielmehr darauf ab, durch Selbsttätigkeit möglichst aller Studenten in Projektgruppen demokratische Entscheidungen erst zu ermöglichen. Es soll also z.B. durch die Beteiligung der Projektbereiche im Zentralrat erreicht werden, daß der Einfluß derjenigen (potentiell aller!) gestärkt wird, die sich mit der Arbeit an bestimmten Problemen intensiv beschäftigt haben. Daß Entscheidungen, die von den Betroffenen nach gründlicher Information und Diskussion getroffen werden, demokratischer sind, weil sie den Interessen der Betroffenen besser entsprechen, als Abstimmungen von Uninformierten, sei an folgendem kleinen Beispiel erläutert:

Nach der bisherigen Struktur sollen in einer FS-Vollversammlung Prüfungsänderungen diskutiert werden. Ohne das ausdrücklich zu sagen, geht man davon

aus, daß herkömmliche Prüfungen ein Maßstab für die Fähigkeit des Prüflings zu wissenschaftlichem Arbeiten sind, wenn man nur alle subjektiven Einflüsse ausschaltet (z.B. durch Einführung schriftlicher Prüfungen, von Beisitzern, Protokollen und Öffentlichkeit bei mündlichen Prüfungen).

Nach der neuen Struktur würde sich eine Projektgruppe unter Einbeziehung von Psychologen und Soziologen mit der Frage der Funktion von Prüfungen befassen und dabei auf zahlreiche empirische Untersuchungen stoßen, die zeigen, daß Prüfungen in viel stärkerem Maß die Funktion sozialer Auslese und Anpassung an außerwissenschaftliche Normen haben, als die Funktion, wissenschaftliche Qualifikation zu messen. Die gleiche Vollversammlung wie oben würde mit diesen Informationen aus den gleichen Beweggründen wie oben völlig andere, jedoch nun ihren Interessen entsprechende Entscheidungen fällen.

Es ist falsch, die neue VDS-Struktur als sozialistisch determiniert zu bezeichnen. Sie ist formal pluralistisch, wird jedoch nach der Theorie der meisten Mitglieder der VDS-MV (was die künftige Praxis bestätigen oder widerlegen wird) zu sozialistischer Praxis führen, da in den Projektgruppen an konkreten, auf die Studiensituation bezogenen Beispielen der inhumane Charakter und die Widersprüche des spätkapitalistischen Gesellschaftssystems der BRD aufgedeckt werden, woraus dann praktische Konsequenzen wie die Vorbereitung auf eine revolutionäre Berufspraxis gezogen werden. Die IDS-Presseerklärung führt, wie deutlich aus ihrem Text hervorgeht, den überkommenen Stil von folgenlosen Deklamationen fort, indem sie sich "entschieden gegen ... Ordnungsrecht, Vorbeugehaft (usw.) ..." wendet, aber nichts dagegen tut bzw. Gegenaktionen auch nur andeutet.

Der Beitritt des Vorsitzenden des FV ET zum IDS wird in folgendem Brief zu rechtfertigen versucht:

"Verband Deutscher Studentenschaften  
Fachverband Elektrotechnik  
33 Braunschweig  
Fallersleber-Tor-Wall 10

BS, den 24.3.69

Fachschaften höret die Signale      Fachschaften höret die Signale  
Liebe Freunde, Genossen, Bürger!

Erst heute komme ich dazu, kurz über die 21. o.MV in Köln zu berichten. Aber ich mußte erst einmal wieder richtig ausschlafen. Aufgrund des verabschiedeten Strukturpapiers (714 h) und der neuen Satzung (Entwurf 714 i) wurden die Fachverbände zum 31.3.1969 aufgelöst. Damals konnte sich jedoch nicht auf einen Vorstand einigen, wurde am Montag (10.3.) die neue Satzung wieder ausgesetzt und ein kommissarischer Vorstand eingesetzt, der eine a.o.MV im Juni vorbereiten soll. Die finanzielle Unterstützung der Fachverbände wurde eingestellt. (Auf einer Pressekonferenz wurde mir allerdings für den FV ET - auch für unpolitische Verbandsarbeit - weitere finanzielle Unterstützung zugesagt.)

Die FV-Vorsitzenden der FV Bauing., Biologie, Chemie, Maschinenbau und ET waren der Meinung, daß die FV auch weiterhin arbeiten sollten. Deshalb wurde Michael Kühl (Biologie) und ich gebeten, uns bei den - mit der neuen VDS-Struktur unzufriedenen - ASten umzuhören. Dabei wurde den Fachverbänden zugesagt: Stimmrecht auf der MV; 1/3 der Stimmen des Delegiertenrates und Unterstützung (Koordination), auch wenn ein FV nur "unpolitisch" arbeiten will.

Daraufhin haben wir auch an den weiteren Beratungen teilgenommen und am Sonntag (9.3.69) den Initiativausschuß Deutscher Studentenschaften ins Leben gerufen. Zu diesem Zeitpunkt hatte noch kein Gründungsmitglied ein Mandat seiner Studentenschaft, d.h. der Initiativ-

ausschuß bestand nur aus Einzelmitgliedern.

Schwierig ist die Situation allerdings durch die Zurücknahme der neuen VDS-Satzung geworden. Trotz der Diskussionsbeiträge und des verabschiedeten Strukturpapiers ist der Verband noch pluralistisch strukturiert und deshalb auch legitimiert für die Studentenschaft zu sprechen.

Eine endgültige Annahme der Satzung auf der a.o.MV würde jedoch bedeuten, daß dieses nicht mehr der Fall ist. - Ich wäre dann nicht länger bereit ein Amt in dem so umstrukturierten VDS zu behalten. Aufgrund meiner politischen Einstellung (Sozialfaschist; schieß-liberal bis konterrevolutionär) bin ich nicht in der Lage einen sozialistischen Kampfverband als Zwangsverband der Studenten gutzuheißen. Für eine Stellungnahme zu diesem Problem wäre ich Euch sehr dankbar. Vom 30. April 69 bis 4. Mai 69 soll im Europahaus Marienberg 5439 Bad Marienberg / Westerwald ein Seminar zum Thema "Gesamtschule-Gesamthochschule" mit angeschlossener a.o.FVT stattfinden.

Nähere Einzelheiten zum Seminar (endgültiges Programm, Unterlagen usw.) werde ich Euch noch rechtzeitig zusenden (Mitte April). Vergeßt bitte nicht Euch rechtzeitig bei mir anzumelden!

Auf der a.o.FVT steht als Hauptpunkt die Zukunft des FV ET zur Debatte. Es ist unbedingt erforderlich, daß jede Fachschaft ein klares Mandat mitbringt (durch Vollversammlungen oder Urabstimmungen!).

Für den FV gibt es - glaube ich - nur folgende drei Möglichkeiten:

1. Weiterarbeit im umstrukturierten VDS (als Basisgruppe mit politischer Tarnung)
2. Anschluß an einen demokratischen Studentenverband (IDS oder Nachfolgeorganisation).
3. Gründung eines eingetragenen Vereins.

Bitte arbeitet in Euren Studentenschaften darauf hin, daß auf der a.o.MV des VDS eine demokratische Satzung verabschiedet wird, damit der Studentenschaft eine Spaltung erspart bleibt.

mit sozialistischen Grüßen

Euer schieß-liberaler

gez. Karl-Heinz Windler"

Sein Verhalten begründet Windler ausschließlich damit, daß ihm möglichst viel Unterstützung bezüglich Stimmrecht und Finanzen von den anderen "Unzufriedenen" zugesagt wurde und er "daraufhin ... (mit diesen 'Unzufriedenen') ... den IDS ins Leben gerufen hat".

Daß der IDS "nur aus Einzelmitgliedern" bestehe, widerspricht eindeutig der IDS-Presserklärung, in der von "im Initiativausschuß mitarbeitenden Studentenschaften und Fachverbänden" und "im IDS zusammengeschlossenen Hochschulen" die Rede ist.

Abgesehen von den politisch unterschiedlichen Auffassungen ist es eine Unverschämtheit, daß der Vorsitzende eines VDS-Organs (FV ET) dieses Organ in eine Vereinigung einbringt, deren erklärtes Ziel es ist, durch Austritte von Mitgliedshochschulen den VDS aufzulösen, ein Schritt, der nicht einmal dem für den Verband zuständigen Beschlußorgan, der FVT, erlaubt ist. Windler hätte sich vielmehr sowohl auf der VDS-MV, als auch beim IDS über die Formen geplanter studentischer Interessensvertretung informieren sollen, um damit wiederum die a.o.FVT über folgende, nicht ideologisch gefärbte ("Basisgruppen mit politischer Tarnung", "Anschluß an eine demokratische Studentenvertretung") Alternativen informieren zu können:

1. Übernahme der neuen VDS-Struktur, d.h. Auflösung des FV, Reduzierung der Aufgaben der FS; Unterstützung bei der Initiierung von Projektgruppen. (eine Konsequenz, die der FV Math./Ph. schon im Februar gezogen hat!)
2. Beibehaltung des FV, bis die FV im Juni von der VDS-MV abgeschafft werden; Organisation der FS in neu zu gründenden IDS-FV, wobei problematisch ist, ob die FS einer dem VDS angehörenden Hochschule Mitglied in einem IDS-FV sein kann.

3. ~~Anderer~~ organisatorischer Zusammenschluß der FS (z.B. in einem eingetragenen Verein).

Über diese Alternativen, eventuell mit unwesentlichen Variationen, muß die Vollversammlung am Donnerstag, dem 24.4. diskutieren und beschließen.

Die Entscheidung dürfte der Vollversammlung nicht schwerfallen, wenn sie die Konsequenz aus ihrem Beschluß vom 18.11. 68 zieht, nachdem jeder Student der Fakultät ET bei Abstimmungen in FS-Sitzungen stimmberechtigt ist; mit diesem Beschluß wollte die Vollversammlung die Gelegenheit zur Mitwirkung an den die FS betreffenden Entscheidungen all denen geben, die sich durch Teilnahme an entsprechenden Diskussionen und Mitarbeit für diese Entscheidungen in höherem Maß qualifizieren als durch eine nach ziemlich irrationalen Kriterien erfolgte Wahl.

#### 4. Wie man Interessen am Schwanzepackt

##### Warum und wie sich die Situation verändert hat

Jede kapitalistische Wirtschaft läßt sich beschreiben als Einrichtung zur Erzeugung von Profiten. Dabei dominierte in der Vergangenheit die Herstellung materieller Güter als Methode zur Gewinnung eben dieser Profite. Wir beobachten jedoch, daß mehr und mehr die Produktion des technischen Fortschritts (Erfindungen und neue Verfahrenstechniken) selbst Profite für seine Beherrscher abwirft. Wissenschaft und Technik leisten nicht länger bloße Hilfsdienste bei der Erweiterung der Produktivkräfte, sondern sie sind heute zur wichtigsten Produktivkraft geworden.

Die Konsequenzen sind klar:

Die Hochschule produziert einen Teil des technischen Fortschritts selbst mit ihren Forschungsergebnissen, und sie produziert das Heer der Techniker und Wissenschaftler, die in Industrie und Verwaltung das Funktionieren der bestehenden Apparate gewährleisten und besonders die Weiterentwicklung und Erneuerung (Innovationsprozeß) bewerkstelligen. Diese Aufgaben können nicht durch "Wissenschaft als schöpferische Muße" geleistet werden, sondern erfordern eine straff organisierte Wissenschaftsfabrik. Sie zu schaffen ist das Ziel der "technokratischen Hochschul- und Studienreform".

Diese technokratische Studienreform droht nicht etwa, sie ist in vollem Gange. Wie sie unsere Lage verändert - verschlechtert - ist täglich spürbar:

- Das Studium wird verkürzt. Weil aber dabei die Ausbildung nicht schlechter werden soll, wird immer mehr Stoff in immer kürzerer Zeit eingepaukt. Weil nun die Grenze des unter "menschlichen" Bedingungen Aufnehmbaren schon längst überschritten ist, muß starker Druck auf die Studenten ausgeübt werden. Er erzeugt durch \* wird
- ständige Verdichtung der Leistungskontrollen (Prüfungen, Klausuren, Scheine) und Androhung strenger Sanktionen bei Versagen (Sitzenbleiben; Nachteile bei Wiederholung, wenn sich die Fächer häufen; Erteilung von Minuspunkten; Wiederholungsmöglichkeit abhängig vom Notenschnitt; Versagen von Honnef-Förderung; Exmatrikulation).
- Verbilligung der Ausbildung durch Massenbetrieb.
- Beschränkung des geistigen Horizontes durch bundeseinheitliche Rahmenprüfungsordnungen, die den Zwang zum Verkümmernlassen nichtfachspezifischer Interessen reglementieren.
- Verhinderung jeglicher Kritik durch bundeseinheitliches Ordnungsrecht (Zwischenrufe reichen aus für Ordnungsverfahren).
- Planung eines Produktionsganges totaler Fachidioten durch Kurzstudium.

Die Folgen sind beschreibbar:

Von den Studienanfängern der ET des WS 66/67 waren weit über 50 % diesem Druck nicht gewachsen, sie haben nicht einmal das Vordiplom erreicht.

#### Warum die alte Fachschaft versagt hat

Die Konstruktion der alten Fachschaft war legitimiert durch die von ihr wahrzunehmenden Aufgaben: Repräsentation in Fakultät und Parlament, Beratung der Studenten, Organisation von Auslandskontakten. Damit war die Organisationsform - Wahl einmal im Jahr, - dann selbständige Arbeit in Parlament und anderen Gremien - historisch richtig und hatte ihre Berechtigung.

Die Aufgaben haben sich aufgrund der geänderten Situation völlig verwandelt: an erster Stelle steht die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Studenten. Dies setzt permanenten Kontakt mit al l e n Betroffenen voraus, damit die Probleme erkannt werden können und im Zusammenhang damit Abhilfen formuliert und verfolgt werden.

Dazu ist die Fachschaft nicht in der Lage, sie ist historisch überholt. Denn das jetzt übliche Delegationsprinzip - Wahl im Sommersemester nach völlig diffusen Kriterien - kann eines mit Sicherheit nicht leisten: den ständigen Kontakt der Funktionäre mit der Basis bewirken und sie auf deren (der Studenten) Interessen zu verpflichten. Die Fachschaftsvertreter sind heute eingespannt in Parlamentsarbeit, Fakultätsprobleme und Verwaltungskram; neue Ideen aus der Studentenschaft werden nicht aufgegriffen und verfolgt. Das ist aber das Entscheidende: die Studentenschaft muß sich so organisieren, daß die Betroffenen selbst die Lösung ihrer Sorgen und Probleme in Angriff nehmen können, ohne einen starren Studentenschaftsapparat bemühen zu müssen!

#### Wie eine neue Interessensvertretung organisiert werden muß

Hier kann kein verbindliches Modell entwickelt werden, das wieder über die Studentenschaft gestülpt würde. Aber es gibt einige Ansätze, die zeigen, wie eine neue Struktur aussehen kann.

Als im vergangenen Semester den Neuanfängern ihre fatale Lage bewußt wurde, bildete sich nach einem konkreten Anlaß (schockierende Hörsaalübung) ein Initiativkomitee der Erstsemester, das Maßnahmen zur Abhilfe der schlimmsten Mißstände unternahm (Hörsaalüberfüllung, mangelnde Skripten, Wohnraumnot, Angst vor Aussiebung). Diese Gruppe bildete sich spontan, um eigene Bedürfnisse zu formulieren und in Forderungen umzusetzen. Solche ad-hoc-Gruppen greifen im Augenblick, wo ein besonderes Problem akut wird, die Angelegenheit auf und entwickeln in der Diskussion mit den Kommilitonen Pläne zur Lösung.

Dies Beispiel läßt sich verallgemeinern: so können die jetzigen 4.-Semester das immer noch wirksame Punktsystem gänzlich abschaffen und unsinnige Wiederholungen von bestandenen Prüfungen (Werkstoffkunde) verhindern, sie können erreichen, daß die Mechnaik nicht mehr zentral über den Vordiplomerfolg entscheidet; nach dem Vordiplom sind Praktika zu ändern und besonders Auswüchse bei Studien- und Diplomarbeiten abzuschaffen (zu lange Dauer, bloße Hilfsdienste für Doktoranden).

Diese Arbeit wird bald zeigen, daß Änderungen an einer Stelle zwingen-läufig Auswirkungen auf weitere Bereiche der Fakultät und der Hochschule haben: sie müssen in allgemeinere Zusammenhänge eingeordnet werden. Die Frage des Punktsystems ist beispielsweise nur sinnvoll diskutierbar im Rahmen einer generellen Prüfungskritik. Damit wird klar, daß die Betroffenen Projekte wie die Abschaffung der Prüfungen oder die Neugestaltung des Studiums in Angriff nehmen müssen. Dazu werden Projektgruppen gebildet, die langfristig arbeiten. Welche Projekte in Angriff genommen werden, entscheiden die Beteiligten. Denkbar wäre:

- Studium und Berufswirklichkeit
- Analyse der Prüfungen und Entwicklung von Studienmodellen, die die Eigeninitiativen der Studenten fördern und nicht unterdrücken.
- Hochschuldidaktik (in Zusammenarbeit mit Studenten anderer Fakultäten)
- Forschungsetat für Studenten usw.

Und schließlich ist es notwendig, die alte Vorstellung, es sei allein das Fach, das die Interessenlage der Studenten bestimmt, über Bord zu werfen. In den Anfangssemestern ist es die Art der Wissensvermittlung in Grundvorlesungen die von Studenten vieler Fakultäten gleichzeitig besucht werden, es ist die katastrophale Wohnraumlage, wodurch das Leben der Studenten bestimmt wird. Die Neuorganisation muß genau diesen Tatbestand widerspiegeln: gleiche Interessen begründen die Zusammengehörigkeit, die Zugehörigkeit zu Fachschaften (neuer Art) kann frei gewählt werden; neue Zusammenschlüsse, die über die Studentenschaft finanziert werden und dort auch Mitspracherecht (Abstimmungen!) haben, sind jederzeit möglich. Dies ist das Konzept der neuen Studentenschaftssatzung, wie auch der neuen VDS-Struktur, welche die Beteiligung solcher Basisgruppen am Willensbildungsprozeß verankern.

Kommilitonen, nehmt diese Chance zur Verbesserung Eurer Situation wahr, der AStA steht mit allen seinen Mitteln zur Verfügung, wenn es um die Durchsetzung studentischer Interessen geht! Gründet ad-hoc-, Projekt- und Basisgruppen in großer Zahl, nehmt die Arbeit auf und verhindert Eure Degradierung zu hilflosen Insassen einer Technikerkaserne.

#### 5. I n f o r m a t i k - P r ü f u n g s o r d n u n g

Obwohl die Fakultät im letzten Herbst schon einen "Vorläufigen Studienplan Informatik" verabschiedet hatte, erklärte sie sich auf Anregung der Fachschaft ET dennoch bereit, bei der Diskussion über die Prüfungsordnung auch noch einmal den Studiengang mit einzubeziehen. Zu seiner Verbesserung hatte die Fachschaft ein Konzept vorgelegt, das sich hauptsächlich von folgenden Gesichtspunkten leiten läßt:

- Verminderung der Anzahl der Pflichtübungsstunden auf ein für die Durchschnittsstudenten erträgliches Maß
- Noch stärkere Betonung des Schwerpunktes "Mathematik", dafür ersatzlose Streichung der Mechanik
- Verminderung der Prüfungsfächer

Wenn auch diese Gedanken von uns nicht vollständig verwirklicht werden konnten, so scheint uns doch der neue Studienplan um einiges erträglicher geworden. Da das Dekanat erst in einigen Wochen den offiziellen "Text" des Studienplanes und der Prüfungsordnung herausgeben wird, seien hier schon einige Konsequenzen des neuen Studienplanes und der damit verbundenen Prüfungsordnung vorweggenommen, allerdings ohne Gewähr. Wir beschränken uns auf das Studium vor dem Vordiplom, da die Diskussion über das Studium nach dem Vordiplom in nächster Zeit weitergehen wird. Es wird nicht zuletzt von der Diskussion im Rahmen der Senats-Kommission "Informatik" und dem Lehrveranstaltungsangebot abhängen.

- Neu aufgenommen wurde im 1. Semester Mathematik I b (4+2) anstelle von bisher (1+1). Nach Rücksprache mit den Mathematikern schien uns dies die beste Lösung, um den späteren Einstieg in Mathematik III b und IV b zu erleichtern. Die Studenten, die bisher noch 1+1 Stunden gehört haben, müssen versuchen, so gut wie möglich zurecht zu kommen.
- Die analytische Mechanik ist gänzlich gestrichen worden. Dadurch ist eine erhebliche Übungserleichterung geschaffen worden.
- Die Vorlesung "Meßtechnik" wird zwar weiterhin als Vorlesung angeboten, die entsprechende Prüfung im Vordiplom entfällt aber. Dafür ist in den

Seminaren des Meßtechnischen Praktikums (speziell für Informatiker nur ein Semester) "entsprechendes Wissen" nachzuweisen.

- Sobald die Physikvorlesung allgemein mit Übungen angeboten wird (3+1), entfällt das Physikalische Proseminar.

Damit verbleiben sechs Prüfungsfächer für die Vorprüfung:

Mathematik A,B,C

Physik

Grundlagen der Elektrotechnik A,B

Die Prüfungsordnung schließt sich eng an die Prüfungsordnung ET an, so daß eigentlich keine direkte Abweichung besteht. Nach dem 2. Sem. ist auch ~~mit~~ der Prüfung in Math. A und Grdl. der ET abzulegen, die dann über den weiteren Weg des Prüflings entscheidet.

Nur widerstrebend und in Ermangelung eines besseren Vorschlags haben wir dieser Prüfungsordnung zugestimmt. Eine Kommission soll Ende des SS 69 Vorschläge machen, wie die Prüfungsordnung Informatik und ET verbessert werden kann. Denn die Veränderung der einen zieht konsequent die Änderung der anderen Prüfungsordnung nach sich. Dies war auch ein Grund, warum wir vorerst dieser Prüfungsordnung zugestimmt haben.

Was die Einführung eines Soziologie-Seminars oder ähnlicher Veranstaltungen betrifft, die die gesellschaftliche Relevanz technischer Wissenschaften behandeln, so sollten hier erst einmal die Ergebnisse der Senatskommission "Informatik" abgewartet werden. Bei der hohen Zahl der Informatiker ist hier auch ein personelles Problem zu bewältigen.

#### 6. NUMERUS CLAUSUS - Diskussion innerhalb der Fakultät mit Herbst 1968 / Gespräch mit Frau von Bila (Leiterin der Hochschulabteilung im Kultusministerium)

Am 29.10.68 beschloß die Fakultät ET, im WS 69/70 nur 100 Studenten zuzulassen. Daraufhin wandte sich die Vollversammlung der FS ET vom 18.11.68 strikt gegen jede Zulassungsbeschränkung, es sei denn, man schlosse die Fakultät zum kommenden WS ganz, ein Vorschlag, der auch besonders von Assistenten unterstützt wurde. Man glaubte, mit diesem Plan sowohl ein Ausleseverfahren vermeiden zu können, als auch Druck in der Öffentlichkeit auf Kultusministerium, Landesregierung und Landtag erzeugen zu können, damit durch Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel die personelle und bauliche Erweiterung der Fakultät so vorangetrieben werden könne, daß allen Abiturienten ein ihrem Bildungsstand entsprechendes Studium ermöglicht würde.

Im Laufe des WS versprach die Fakultät eine Überprüfung ihres numerus-clausus-Beschlusses und versuchte durch Intervention beim Kultusministerium, zusätzliche finanziellen Mittel im wesentlichen für Personalerweiterung zu erhalten. Um genauer zu erfahren, mit welchen Mitteln man rechnen könne, bat die Fakultät um ein Gespräch mit Vertretern des Kultusministeriums, das nach den Vorstellungen der FS-Vertreter öffentlich in Darmstadt stattfinden sollte.

Ein solches Gespräch mit der Leiterin der Hochschulabteilung im Kultusministerium, der Ministerialdirigentin Frau Dr. von Bila, fand am 28.3. entgegen unserer Forderung in Wiesbaden statt, von dem von studentischer Seite daher auch keine Ergebnisse erwartet wurden, weshalb nur drei von 14 möglichen Vertretern (Biller, von Olshausen, Schädlich) nur zur Information der Studentenschaft teilnahmen. Der Verlauf des Gesprächs gab uns recht!

Die Fakultät legte ein dreistufiges Notprogramm vor:

Stufe A soll die Ausbildung der ca. 540 Anfänger des WS 68/69 nach herkömmlichen Methoden gewährleisten. Damit wären, auch wenn die hier vorgesehenen Mittel genehmigt würden, keine Neuzulassungen zum WS 69/70 mög-

lich. Stufe B soll die Ausbildung bei Neuaufnahme von 300 Anfängern zum WS 69/70 nach herkömmlichen Methoden, Stufe C bei Einführung des Gruppenstudiums gewährleisten. Eine völlige Öffnung der Fakultät zum WS 69/70 ist in diesem Programm gar nicht vorgesehen!

Ergebnis des Gesprächs: Man verwies uns auf den notwendigen Weg der Gewährung zusätzlicher Mittel, nämlich den Nachtragshaushalt, der vom Landtag in drei Lesungen beschlossen werden muß, was Monate, wenn nicht über ein Jahr dauern kann. Die Zusage, daß sich das Kultusministerium bzw. die Landesregierung für eine unverzügliche Bewilligung zumindest der notwendigen Mittel einsetzen würde, konnte nicht gegeben werden. Frau von Bila war zwar fast immer unserer Meinung und hatte volles Verständnis für unsere Situation, ließ uns aber die völlige Unbestimmtheit, was die Bewilligung der geforderten Mittel anbetrifft, erkennen. Der Dekan erklärte daraufhin, daß bezüglich der Zulassung zum WS 69/70 bis April eine Entscheidung getroffen werden müsse und der Fakultät in Anbetracht der unsicheren Lage kaum eine andere Wahl als die Schließung zu diesem Semester bleibe. Interessant ist, daß er mit dieser Äußerung auf volles Verständnis und keineswegs auf erwarteten Widerstand bei Frau von Bila stieß.

Für unsere Strategie stellt sich daher die Frage der Funktion einer Schließung erneut. Offenbar glaubt die Landesregierung, sich die Schließung einer Fakultät leisten zu können, indem sie evt. auf eigene überproportional gestiegene Ausgaben für Ausbildung und wissenschaftliche Forschung hinweist und mit größerem Nachdruck die Einführung von noch stärker disziplinierenden Kurzstudiengängen propagiert und dann durchsetzt, um ein angeblich drohendes akademisches Proletariat zu verhindern. In der Öffentlichkeit könnte eine solche Argumentation, die auf deren schon durch die Massenmedien manipulierten Meinung aufbauen kann, ihre Wirkung nicht verfehlen.

Zudem würden wir bei Schließung zum WS auf jeden Fall geringere Mittel bekommen als bei beschränkter oder unbeschränkter Öffnung, da dann die Voraussetzung für die Stufen B und C entfallen.

Die Alternative der beschränkten Zulassung scheidet aus längst diskutierten Gründen, die hier nicht wiederholt werden sollen, aus.

Es bleibt also die unbeschränkte Zulassung, bei der allein hinreichende Mittel vom Land erwartet werden können. Falls eine solche Maßnahme nicht den erwünschten Erfolg hat, sind härtere Maßnahmen wie Streik, Arbeit der Assistenten nach Vorschrift (dabei alle Massenprüfungen nicht durchführbar!) u.ä. anzuwenden.

Auch über das Vorgehen in der Fakultät bezüglich dieser Frage muß die Vollversammlung am Do., dem 24.4.69 diskutieren und entscheiden!

## 7. B E S U C H S A U S T A U S C H

Auch in diesem Jahr bemüht sich die FS ET um Kontakte zu Hochschulen, besonders in der CSSR. Die Bedeutung dieser gegenseitigen Besuche kann nicht hoch genug geschätzt werden und bedarf wohl keiner ausführlichen Begründung mehr!

Bereits fest vereinbart ist ein Besuchs austausch mit der TH Prag. Unsere Gruppe (12 Studenten) ist für die Zeit vom 25.5.69-2.6.69 eingeladen. Sie sehen also, daß die Zeit drängt. Falls Sie eine verlängerte Pfingstpause in der "Goldenen Stadt" und deren Umgebung verbringen wollen, müssen Sie sich schnellstens entscheiden. Zur Anmeldung liegt bis zum 5.5. eine Liste im AStA aus. Ihre Meldung kann jedoch nur angenommen werden, wenn Sie einen gültigen Reisepaß besitzen. Nähere Einzelheiten können noch nicht bekannt gegeben werden, jedoch liegt die Eigenbeteiligung in Höhe des Fahrpreises Darmstadt-Prag.

Terminlich noch nicht festgelegt ist ein geplanter Besuch der TH Bratislava. Er wird voraussichtlich zu Beginn der Sommerpause stattfinden. Sie werden dabei z.B. Brünn, Prag, Pilsen und die Hohe Tatra kennenlernen.  
Sprechstunde (Gerhard Werber): Dienstags 13-14 Uhr.

## 8. PRAKTIKANTENAUSTAUSCH

Neben den Besuchsaustauschen bietet sich Ihnen jedoch noch die Möglichkeit, das Fachpraktikum im Ausland abzuleisten. Diese Praktika werden voll anerkannt, so daß Ihnen aus dieser Tätigkeit keine Nachteile, sondern nur Vorteile für Ihr Studium entstehen. Die Bezahlung trägt im allgemeinen die Lebenshaltungskosten und ein genügend großes Taschengeld. Möglichkeiten ergeben sich wahrscheinlich in Prag, Pilsen, Bratislava sowie in Ljubljana. Bedenken Sie bitte, daß Besuchs- und Praktikantenaustausch einen großen \*erfordern. Melden Sie sich bitte deshalb m ö g l i c h s t b a l d an. Bei der Durchführung und Betreuung der ausländischen Kommilitonen rechnen wir fest mit Ihrer Unterstützung. Einem Engagement von Ihrer Seite sind keine Grenzen gesetzt!!

\*Aufwand

Sprechstunde (Hinrich Bonin): Mittwochs 12.30 - 13.30 Uhr

## 9. EINFÜHRUNGSVERANSTALTUNG FÜR ERSTSEMESTER

Um Sie, die Studienanfänger dieses Semesters über

- Fragen Ihres künftigen Studiums (besonders Anfangsschwierigkeiten im Sommersemester, vorgeschriebene Studienpläne, Studienpraxis, notwendige Umgestaltung),
- bestehende Herrschaftsverhältnisse in Fakultät und Hochschule und Motive, Methoden und Möglichkeiten ihrer Änderung,
- die dabei notwendige Selbstbetätigung innerhalb der Studentenschaft,
- die noch bestehende und geplante Studentenschaftsstruktur und
- vieles Andere, was Sie noch interessiert,

zu informieren, veranstaltet die Fachschaft ET am Dienstag, den 22. 4., um 20.00 Uhr im Konferenzraum des Schloßkellers einen Einführungsabend mit Fachschaftsvertretern. Außerdem sind der Dekan, der Fakultätsassistent, Assistentenvertreter in Fakultät und Senat und Vertreter des Lehrstuhls für Grundlagen der Elektrotechnik besonders eingeladen.

## 10. WAHLEN ZU FAKULTÄT, SENAT, GROSSER SENAT - Wahlverfahren und Erläuterungen der Aufgaben der studentischen Vertreter

Aufgrund der neuen Zusammensetzung von (Kleinem) Senat und Großem Senat (GS) werden - falls das Studentenparlament am 23. 4. nichts anderes beschließt - von der am 24. 4. stattfindenden Vollversammlung der FS ET ein Vertreter für den Senat und 4 für den GS zu wählen sein; gleichzeitig sollten auch für alle Vertreter Stellvertreter gewählt werden.

Durch das Ausscheiden von Dietrich Reigrotzki aus der Fakultät wegen seiner Wahl zum Vorsitzenden der Studentenschaft ist auch dieser Platz neu zu besetzen; außerdem sollten auch für die beiden Vertreter in der Fakultät Stellvertreter gewählt werden, und zwar - um die Politik in den Hochschulgremien auf eine breitere Basis zu stellen - von der Vollversammlung und nicht, wie bisher, von der FS-Vertretung.

Damit sind insgesamt zusammen 14 Vertreter zu wählen. Auch für die gewählten Stellvertreter sollte es selbstverständlich sein, an j e d e r Sitzung des entsprechenden Gremium teilzunehmen, damit ein Austausch, der nach der Hochschulsatzung auch während einer Sitzung erlaubt ist, auch jederzeit stattfinden kann.

Zur Durchführung der Wahlen erscheint folgendes Verfahren zweckmäßig:

1. Alle Kandidaten sollten bis spätestens zum Beginn der Vollversammlung am Donnerstag, den 24. 4., um 19 Uhr bekannt sein; zu diesem Zweck liegt eine Kandidatenliste ab sofort im ASTA aus, in die sich die Kandidaten schon v o r der Vollversammlung eintragen sollten.

2. Zu Beginn der Vollversammlung werden die Namen der Kandidaten an die Tafel geschrieben und die Kandidaten selbst auf Stühlen so plazierte, daß die eindeutige Zuordnung von Kandidat und zugehörigem Namen leicht möglich ist. Wenn anschließend die Punkte "Fachverband" und "numerus clausus" diskutiert werden, dürften sich dabei die Kandidaten vermutlich derart artikulieren, daß eine besondere Befragung zur Kandidatur stark eingeschränkt werden kann - wenn sie nicht sogar ganz überflüssig wird.
3. Damit die Wahl selbst nicht mit zu großem technischen Aufwand verbunden ist, könnte sie in drei Teilen (Fakultät, Senat, Großer Senat) durchgeführt werden: Es werden die Namen von maximal soviel Kandidaten auf einen Zettel geschrieben, wie an Vertretern einschl. Stellvertretern zu wählen sind (Fak.: 4, Senat: 2, GS: 8). Die 2 Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl bei der Fakultätswahl sind als Vertreter, die beiden folgenden als Stellvertreter gewählt; Entsprechendes gilt für Senat (1+1) und GS (4+4).

Zur Arbeit in diesen Gremien und zur Funktion der Vertreter ist in den Teilen 2. bis 6. dieser NfE schon einiges gesagt worden. Wir stehen jedem, der sich genauer über die gegenwärtig behandelten Themen in

- Fak.: Diskussion über Zulassungsbeschränkungen zum WS 69/70, kosmetische Operationen an Studien- und Prüfungsplänen,
- Senat und GS: Kampf gegen das Hessische Universitätsgesetz (HUG) (das schon bis Juni im Blitzverfahren - drei Lesungen in fünf Wochen - durch den Landtag gepeitscht werden soll), weitere Satzungsänderungen

informieren will, mittags im AStA gern zur Verfügung.

Grundsätzlich für alle Gremien ist zu sagen, daß

- sich die Vertreter nicht als demokratisches Alibi für eine studentischen Interessen widersprechende Politik, wie technokratische Studienreformen (die sich u.a. in stärkerer Reglementierung des Studiums und Disziplinierung der Studenten niederschlagen) mißbrauchen lassen dürfen,
- die Vertreter ihre partiell größeren Informationen weitergeben, ggf. Anregungen für die Arbeit von Projektgruppen liefern sollen,
- sich die Vertreter zu konkreten Punkten von Projektgruppen bzw. Vollversammlung beauftragen lassen sollen,
- die Vertreter nach Möglichkeit - um die Isolierung der Funktionäre von ihrer Basis zu vermeiden - in einer Projektgruppe mitarbeiten sollen.

11. Die erste FACHSCHAFTSSITZUNG (öffentlich) im SS 69 findet am Do., 17.4. um 20 Uhr im Konferenzraum des Schloßkellers statt.

#### Vorläufige Tagesordnung:

1. Sprechstunden der FS
2. Termine der FS-Sitzungen im SS68
3. Vorbereitung der Vollversammlung
4. Arbeitsprogramm des SS, u.a. - Fakultätsausschuß für Prüfungsordnung
  - Ausschuß der Assistenten (Fünfjahresplan: Ausbau der Fakultät und Studienpläne)
  - Studienführer
  - Vorlesungskritik
5. Verschiedenes

